

Foto: dpa

INHALT

Aktionswoche:
Anpacken statt Abwarten
(Seite 6)

Schleswig-Holstein:
Sofortprogramm
verabschiedet
(Seite 8)

Dokumentation
Beschlüsse des
Bundesausschusses
Innenteil

Bundesausschuss Neuer Generalsekretär einstimmig gewählt

Volker Kauder ist neuer Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Die Delegierten wählten ihn auf einem kleinen Parteitag, dem sogenannten „Bundesausschuss“, im Berliner Konrad-Adenauer-Haus einstimmig. Volker Kauder bezeichnete das Amt in seiner

Bewerbungsrede als „faszinierende“ und zugleich schwierige Aufgabe. Er nehme die Herausforderung gern an, um einen Beitrag zum „großen Ziel“ zu leisten, dem Land und den Menschen 2006 eine „bessere Regierung“ zu geben. Auf diesem Wege wolle er ►

HEUTE AKTUELL

- Nordrhein-Westfalen: „Eine bessere Politik für NRW“ (Seite 9)
- Volker Kauder: Fortschrittsberichte Aufbau Ost weiterführen (Seite 10)
- Agrar- und Ernährungswirtschaft wichtig für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands (Seite 11-12)
- Elmar Brok: Deutschland gerät in „Lose-Lose-Situation“ (Seite 13)
- Ronald Pofalla: Arbeitslosenbeitrag auf fünf Prozent senken (Seite 14-15)
- Maria Böhmer: Studiengebühren: Weg frei für mehr Qualität und Wettbewerb an deutschen Hochschulen (Seite 16-17)
- Katharina Reiche: Position der Union bestätigt (Seite 17)
- Hartmut Koschyk, Thomas Strobl: Fünf-Prozent-Hürde stabilisieren – Extremisten bekämpfen (Seite 18-19)
- Erwin Marschewski: „Europäisches Netzwerk gegen Vertreibung“ – Rot-Grüner Offenbarungseid (Seite 19)
- Maria Eichhorn, Michaela Noll, Rita Pawelski: Schwangere Teenager brauchen spezielle Hilfe! (Seite 20)

► die Parteivorsitzende Angela Merkel „nach Kräften unterstützen“. Die Union müsse als „verschworene Truppe treuer Freunde“ klar machen, dass sie leidenschaftlich das Ziel des Regierungswechsels verfolge, „dass in uns das Feuer brennt – nicht für uns, sondern für unser Land.“

„Besser positionieren“ müsse sich die CDU ferner in den Bereichen Bildung, Forschung und Familie. Die CDU solle außerdem deutlich machen, dass sie die „Partei der Sicherheit“ und des Lebensschutzes sei. Kauder hob ferner hervor, die CDU sei eine Partei, die sich um die Schwächeren in der Gesellschaft kümmere und sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühle.

Zuvor hatte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, in ihrer Rede die Partei aufgerufen, ihre sachpolitischen Alternativen zur rot-grünen Regierungskoalition stärker deutlich zu machen. „Wir sind in einer entscheidenden Phase. Wir müssen



Volker Kauder

den Menschen klar machen: Es geht uns nicht um Ämter und Macht, sondern darum, die Probleme dieses Landes zu lösen“, sagte Merkel und warnte. Denn ein großer Teil der Welt entwickelte sich „schneller und besser“ als Deutschland.

Angela Merkel mahnte die Delegierten, die CDU müsse „Mut zu eigenen Alternativen“ und „Mut zur Veränderung“ zeigen. Reformen seien vor allem auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und im Steuersystem nötig, betonte Merkel. Es sei völlig klar, dass Rot-Grün nicht die Absicht habe, über die bisherigen Reformen hinaus ir-

IMPRESSIONUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-8 02-0, Telefax 0 2226-8 02-111-333. Vertrieb: Telefon 0 2226-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

gend eines der Probleme zu lösen. Ziel der Union müsste es deshalb sein, Politikwechsel zunächst in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen und anschließend im Bund herbeizuführen. Dass die CDU über die besseren Konzepte verfüge und sich nicht verstecken brauche, würden die Erfolge in den CDU-regierten Bundesländern zeigen. Dabei verwies die Vorsitzende auf eine Plakataktion vor der Bundesgeschäftsstelle, auf denen die CDU-Erfolge dargestellt waren. Die CDU müsse angreifen, was bei Rot-Grün anzugreifen sei, forderte die Vorsitzende unter Applaus der Delegierten. „Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen und den Menschen eine Perspektive geben“, so die Vorsitzende.

Merkel wie auch Kauder warfen Bundeskanzler Gerhard Schröder vor, die Probleme Deutschlands zu ignorieren. Unter Hinweis auf die schnelle Aufklärung des Mordfalles Moshammer forderte Merkel, der Polizei die DNA-Analyse als Standardmethode zur Verfügung zu stellen. Dem Auswärtigen Amt warf die CDU-Chefin vor, durch eine verantwortungslose Praxis der Visa-Erteilung Schleuser-Kriminalität ermöglicht zu haben. Nachdem der frühere Staats-



Der Schleswig-Holsteinische Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen mit Angela Merkel

minister Ludger Volmer erklärt habe, er habe den dieser Praxis zu Grunde liegenden Erlass auf Weisung von Außenminister Joschka Fischer lediglich nachträglich gebilligt, könne man jetzt mit Fug und Recht vom „Fischer-Erlass“ sprechen. Schärfsten Widerstand kündigte Merkel gegen das vom Bundestag beschlossene Antidiskriminierungsgesetz an. Es handele sich um ein „Bürokratemonster mit Auswirkungen von grundsätzlicher Bedeutung“. Wenn man über sein

Eigentum nicht mehr frei verfügen könne, sei das ein Anschlag auf die Grundzüge der Republik.

Als „nicht zu überbietende Frechheit“ bezeichnete Merkel den Umgang von Rot-Grün mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Regierung kehre damit einer jahrzehntelangen Stabilitätspolitik den Rücken. So werde mit wachsenden Schulden die Substanz von morgen „verbraut“. Besonders drastisch stelle sich die Situa-



NRW-Chef Jürgen Rüttgers mit Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus

tion in Schleswig-Holstein dar: Während Bayern eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1100 Euro aufweise, betrage sie im Norden der Republik 6800 Euro. Jährlich werde der Kieler Haushalt mit einer Milliarde Euro nur für Zins-Zahlungen belastet, obwohl Schleswig-Holstein insgesamt nur über fünf Milliarden Euro Einnahmen verfüge, mahnte Merkel.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende rief die CDU dazu auf, sich noch stärker als bislang um Zukunftsaufgaben zu kümmern. Deutschland dürfe sich beim Pro-Kopf-Einkommen nicht – wie die jüngste OECD-Studie gezeigt habe – mit dem 18. Platz vor Griechenland, Polen und Tschechien zufrieden geben. Auch müsse die CDU alle rot-grünen Versuche abwehren, mit einer „süßen Sauce der Verklärung“ über den wahren Zustand des Landes hin-

wegzutäuschen. Stattdessen gelte es, den Reformweg mutig weiter zu beschreiten.

Neben der Wahl des neuen Generalsekretärs standen die Themen Familien- und Bildungspolitik auf der Tagesordnung. Der Bundesausschuss beauftragte den Vorstand der CDU, eine Kommission „Frauen, Familie und Beruf“ einzusetzen. Die niedersächsische Sozialministerin, Ursula von der Leyen, und die Vorsitzenden der Frauen-Union, Maria Böhmer, führten in das Thema ein. Diese Kommission soll bis Ende August das familienpolitische Programm überarbeiten und unter anderem Vorschläge für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterbreiten. Die Vorschläge sollen dann vom nächsten CDU-Parteitag am 5./6. Dezember verabschiedet werden.

In ihrer Rede betonte Maria Böhmer, dass es den Familien da besser gehe, wo die CDU regiere. Nachzulesen sei dies im Familienatlas, den Familienministerin Renate Schmidt erst jüngst veröffentlicht habe: Danach würden die drei familienfreundlichsten Gemeinden allesamt von der CDU geführt: Coesfeld, Bad Dürkheim und Heilbronn. Ausdrücklich appellierte Frak-



Ursula von der Leyen

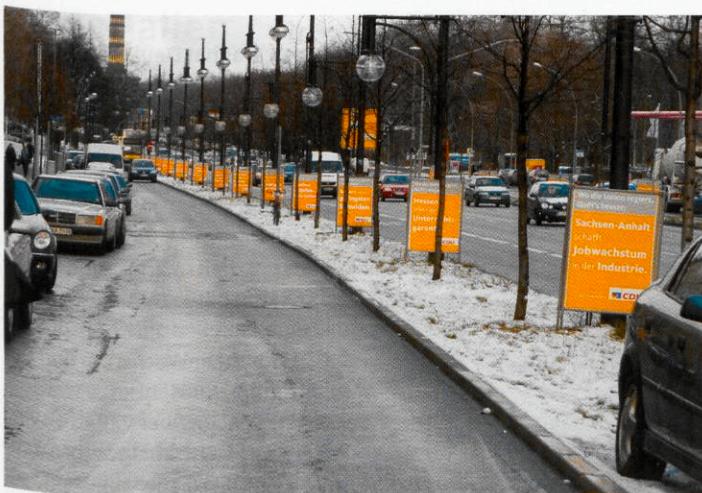


Maria Böhmer

tionsvize Böhmer an die Deutschen, die Diskussion um „Rabenmütter“ und „Heimchen am Herd“ zu beenden. Böhmerwörtlich: „Es muss Schluss sein mit Klierschees“. Konkrete Familienpolitik müsse zu einem der Markenzeichen der CDU werden.

Trotz des erhöhten Kindergeldes gebe es nicht mehr Kinder in Deutschland. Geprüft werden soll laut Böhmer, ob unterschiedliche Leistungen für Familien wie das Kinder-, Erziehungs- und Baukindergeld gebündelt werden sollen. Böhmer plädierte erneut für eine Fa-

Den Einsetzungsbeschluss der Kommission „Frauen, Familie und Beruf“ sowie der Beschluss „Für bessere Bildung – gegen die Einheitsschule“ finden Sie im Innenteil.



Eine Plakataktion vor der CDU-Bundesgeschäftstelle zeigte eindrucksvoll: ...

milienkasse nach dem Vorbild Frankreichs und nannte als Schwerpunkte der Unionskommission zur Familienpolitik drei Säulen: Finanzielle Gerechtigkeit für Familien, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Stärkung der Erziehungskompetenz. Insgesamt müsse in Deutschland ein familienfreundlicheres Klima und eine familienfreundlichere Arbeitswelt geschaffen werden, forderte Böhmer. Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen schloss sich ihrer Vorednerin an: „Kinder brauchen Eltern, die zufrieden sind mit ihrer Lebensperspektive“. Anstatt hier richtige Rahmenbedingungen zu setzen, sei ein schlechtes Gewissen in die Familien hin-

eingetragen worden. Dabei verfügten gerade Mütter über Eigenschaften, die in einem Unternehmen benötigt würden: Belastbarkeit, Flexibilität, Durchsetzungsfähigkeit, Teamfähigkeit und Kompromissfähigkeit. Zugleich sprach sich von der Leyen dafür aus, die

so genannte „Mehrgenerationenhäuser“ als „Lebensform, wo alle Generationen ihren Platz hätten.“

Der Bundesausschuss fasste außerdem einen Beschluss zur Bildungspolitik, in dem sich die CDU gegen eine Einheitsschule nach rot-grünem Muster wendet.



... „Wo die Union regiert läuft's besser!“



1.000 Jobs gehen jeden Tag verloren, die Wachstumsdynamik bleibt aus, die Schulden steigen: Die Bilanz von Rot-Grün ist verheerend. Auch die Arbeitslosenzahlen für den Januar 2005 werden das Scheitern der Regierung Schröder

bestätigen. Das hat Deutschland nicht verdient. Wir brauchen endlich eine Politik für mehr Wachstum und sichtbare Erfolge auf dem Arbeitsmarkt. Die Kampagne „Anpacken statt abwarten!“ soll das rot-grüne Versagen in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik deutlich machen. Zugleich sollen die Konzepte der CDU für mehr Wachstum und Beschäftigung präsentiert werden. Schon jetzt haben über 220 Kreisverbände der CDU Deutschlands ihre Teilnahme an der Aktionswoche zugesagt.

Damit die Kampagne ein Erfolg wird, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Materialienpaket zusammengestellt. Highlight des Gesamtpaket ist eine Neuauflage der in vorherigen Kampagnen bewährten Aktionszeitung.

Termine

- | | |
|-------------------------|--|
| 2. Februar 2005 | Verkündung der Januar-Arbeitslosenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit, Pressekonferenz von Volker Kauder in Berlin zur Vorstellung der Kampagne „Anpacken statt abwarten!“ |
| 5. Februar 2005 | Beginn der Aktionswoche: Erster Aktions-Samstag; Veranstaltung mit Angela Merkel in Lübeck |
| 9. Februar 2005 | Politischer Aschermittwoch der CDU-SH mit Angela Merkel und Peter-Harry Carstensen, der CDU-MV mit Volker Kauder und der CDU-NRW mit Jürgen Rüttgers |
| 12. Februar 2005 | Zweiter Aktions-Samstag |

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services · Bertelsmann-Versandzentrum · Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892 · e-mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Materialien

Aktionszeitung, Bundesausgabe 1/2005

- Texte und Argumente im bewährten Format

Bestell-Nummer: 1013

Preis je 250 Stück: 18,50 €

inkl. MwSt.: 19,80 €

Direktauslieferung an die Vorab-Besteller,
ab dem 7. Februar 2005 bei Arvato verfügbar



Leporello „Anpacken statt abwarten! 50 Ideen für mehr Wachstum“

- 50 konkrete Ideen für mehr Wachstum und Arbeit
- Deutschland im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn
- In den unionsgeführten Bundesländern läuft's besser

Bestell-Nummer: 2195

ab dem 31. Januar lieferbar

Preis je 50 Stück: 9,00 €

inkl. MwSt.: 9,63 €

Wandzeitung

- Im Zusammenhang mit dem Kampagnenstart wird die Wandzeitung an die Abonennten ausgeliefert.



Musterreden

- Reden und Redebausteine zum Thema Wachstum und Arbeit

Download unter www.cdunet.de

Flugblätter

- aktuelle Themen aus den Bereichen Wachstum und Arbeit – auf den Punkt gebracht

Download unter www.cdunet.de



Aktionsvorschläge

- Sieben Vorschläge für Aktionen in Ihrem Heimatort – vom „Eine-Woche-Job für Arbeitslose“ bis zum „Glühweintrinken gegen soziale Kälte“

Download unter www.cdunet.de

Ergänzende Materialien finden Sie auf Seite 22.

Schleswig-Holstein

Sofortprogramm verabschiedet

Unter dem Titel „7x10 Punkte für die Zeit nach dem Wechsel – Schleswig-Holstein startet durch“ hat Peter Harry Carstensen sein Regierungsprogramms für die ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme vorgestellt.

Der Spitzenkandidat der Nord-CDU erklärte, dass sich das Programm auf vier Schwerpunkten konzentriere, die das Handeln der kommenden fünf Jahre bestimmen werden. Konkret nannte Carstensen: Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Qualität des gesamten Bildungswesens, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stärkung des Ehrenamtes. Das Programm sieht vor, die Neuverschuldung Schleswig-Holsteins innerhalb der kommenden zehn Jahre auf Null zu senken. Gleichzeitig sollen alle Einnahmen und Ausgaben des Haushalts überprüft werden, bis zum Sommer soll ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden. Im Bildungsbereich will die CDU im Gegensatz zur SPD am dreigliedrigen Schulsystem festhalten.

Zur aktuellen Situation des Landtagswahlkampfes sagte Carstensen vor den



Peter Harry Carstensen

rund 150 Funktionsträgern seiner Partei: „Die politische Situation ist einen Monat vor der Wahl unverändert. Rot-Grün hat das Land in allen wesentlichen Politikfeldern zum Schlusslicht gemacht. Ich erlebe in den Wahlveranstaltungen, auf den Informationsständen und bei meinen Besuchen viel Zuspruch und spüre die Hoffnung der Menschen auf den Wechsel. Die aktuelle Umfrage ist dabei eine Momentaufnahme, die sich bis zum 20. Februar noch zu unseren Gunsten verändern wird.“

Besonderen Zuspruch erfahre die Kampagne der CDU „Für bessere Bildung. Gegen die Einheitsschule!“, bei der bereits über 10.000 Unterschriften gesammelt wurden. Carstensen: „Die Menschen wollen keine Einheits-

schule und keine Ideologie in der Bildungspolitik. Ihre Kinder sollen einfach gut ausgebildet werden. Darum werden wir das gegliederte Schulsystem weiterentwickeln, jedoch nicht abschaffen.“

Der anwesenden Parteivorsitzenden Angela Merkel dankte Carstensen für die große Wahlkampfunterstützung der Bundespartei. „Ihre Hilfe bringt unseren Wahlkampf voran. Alle Freunde aus der Union in Deutschland leisten mit insgesamt über 80 Terminen ihren Beitrag für den Wahlkampf – einschließlich der Kollegen aus der CSU, angeführt vom bayerischen Ministerpräsidenten.“

Carstensen griff die amtierende Ministerpräsidentin Simonis frontal an. „Sie hat als Sparkommissarin angefangen und endet als Schulden-Heidi.“ Am meisten ärgerte ihn, dass Simonis vor einem direkten Schlagabtausch kneife. Hintergrund: Die Ministerpräsidentin, die laut Umfragen viel populärer ist als ihr Herausforderer, hat mehrere Angebote für Reden-Duelle abgelehnt und will mit Carstensen nur einmal die Klingen kreuzen, Mitte Februar im NDR-Fernsehen.

Nordrhein-Westfalen

„Eine bessere Politik für NRW“

Ein gezieltes Wirtschafts- und Bildungsprogramm sowie ein Konzept zum Abbau von Bürokratie bilden die Fundamente des Regierungsprogramms, mit dem die CDU NRW ab der Landtagswahl den politischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen starten will.

Das beschloss die „Zukunftscommission“ unter Vorsitz des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers. „Wir wollen eine andere, eine bessere Politik machen. Gestalten, statt verwalten! Die Landtagswahl ist eine Abrechnung mit der Bilanz von Rot-Grün: Mehr als 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall pro Jahr, über 900.000 Arbeitslose, 110 Milliarden Euro Schulden im Landshaushalt. Ich werde mit der CDU die Alternative bieten zu der rot-grünen Versagenspolitik in NRW, für die der Bürokrat Steinbrück als Ministerpräsident die Verantwortung trägt“, sagte Rüttgers in Düsseldorf.

Mehr Arbeit, mehr Bildung, weniger Staat sowie eine Innovationsoffensive, um NRW technologisch wieder an die Spitze zu bringen, mehr Sicherheit für die Bürger durch mehr Polizisten auf



Die Programmkommission, der auch Karl-Josef Laumann, Friedrich Merz, Christa Thoben, Oliver Wittke, Regina van Dinther, Eckhardt Uhlenberg, Helmut Stahl und Hans-Joachim Reck angehören, wird regelmäßig zusammentreten und ihren Entwurf für ein Zukunftsprogramm auf dem Landesparteitag am 5. März in Bochum vorlegen.

Verbrecherjagd und verbesserte Ausstattung der Polizei sowie mehr Sicherheit für Landwirte und Verbraucher – an diesen Alternativen zur SPD arbeitet die CDU-Kommission konsequent. „NRW muss endlich wieder nach vorne kommen“, so Rüttgers.

Ausgearbeitet werden Konzeptlinien für mehr Arbeit durch die flexible 40-Stunden-Woche, das einfache und gerechte Steuersystem à la Friedrich Merz, für Subventionsabbau bei Steinkohle, für Bürokratieabbau durch weniger Behörden und Vorschriften und für mehr Investition und Innovation. „Die Massenarbeitslosigkeit muss endlich wirksam bekämpft werden. Ich will, dass in Nordrhein-Westfalen 100.000 neue Arbeitsplätze

entstehen“, so Rüttgers. Die derzeit laufende Schulkampagne der CDU NRW ist bereits ein Schritt auf dem Weg für den geplanten Neuanfang in der Bildungspolitik der CDU. Rüttgers will ihn durchsetzen mit einem Bildungsprogramm für weniger Unterrichtsausfall durch 4.000 zusätzliche Lehrer. Es soll bessere Förderung durch kleinere Klassen geben und ein flächendeckendes Ganztagsschulsystem eingeführt werden. „Die Schüler in NRW müssen rechnen, schreiben und lesen können“, fordert Rüttgers. Wie tief greifend die Schulmisere in NRW in 39 Jahren SPD-Regierung ist, könne man an den Pisa-Ergebnissen überdeutlich ablesen. NRW sei nur noch Mittelmaß.

Fortschrittsberichte Aufbau Ost weiterführen!

Zu Berichten über die geplante Einstellung der Fortschrittsberichte Ost durch die Bundesregierung erklärt CDU-Generalsekretär Volker Kauder:

Einst war der Osten angebliche Chefsache des Kanzlers, jetzt will Schröder von den neuen Ländern nichts mehr wissen: Dass die derzeitige Bundesregierung kein Interesse an einer Weiterführung der „Fortschrittsberichte Aufbau Ost“ hat, beweist einmal mehr, dass die Lage im Osten Rot-Grün in keiner Weise interessiert. Nach dem völlig verfehlten Vorstoß, den Tag der deutschen Einheit als



Volker Kauder

Feiertag abzuschaffen, zeigt auch diese Idee aus dem Kanzleramt Schröders Unwillen, sich mit der Lage und den Befindlichkeiten in den neuen Ländern ernsthaft auseinanderzusetzen. Rot-Grün will sich offensichtlich

nicht mehr an die Defizite beim Aufbau Ost erinnern lassen. Seit dem Regierungswechsel 1998 öffnet sich die Schere zwischen alten und neuen Ländern immer weiter. Doch statt entschlossen eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung im Osten anzugehen, bestraft das Kanzleramt mit den Forschungsinstituten den Überbringer der schlechten Nachricht.

Die Fortschrittsberichte Aufbau Ost müssen fortgeführt werden. Eine offene Analyse durch qualifizierte Wissenschaftler ist die Grundlage für politische Entscheidungen.

10-PUNKTE-PROGRAMM VORGESTELLT

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bundeswirtschaftsminister Clement einen Pakt für Deutschland angeboten, um "unser Land wieder flott zu bekommen". Das 10-Punkte-Paket, das der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ronald Pofalla bei der Debatte des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag vorstellte, enthält Vorschläge, die "sofort in den nächsten Wo-

chen" beschlossen werden könnten. Der Regierung fehle jedoch die Kraft für weitere Reformvorhaben, die jedoch dringend notwendig seien. Pofalla forderte, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch in diesem Jahr auf 5 % zu senken und betriebliche Bündnisse für Arbeit einzuführen. Darüber hinaus schlägt die Union Änderungen im Tarifvertragsrecht,

beim Arbeitszeitgesetz und beim Kündigungsschutz vor, um Einstellungshemmnisse zu beseitigen. Insbesondere der Mittelstand soll von bürokratischen Erfordernissen befreit werden. Die gesamten arbeitsrechtlichen Bestimmungen und das Richterrecht der Arbeitsgerichte sollen in einem verständlichen und übersichtlichen Arbeitsgesetzbuch zusammengefasst werden.

Elmar Brok

Deutschland gerät in „Lose-Lose-Situation“

Der Versuch von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel, den Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakt mit zahlreichen Ausnahmeregelungen zu versehen, ist ein peinlicher Offenbahrungseid. Schröder und Eichel haben nun seit 2002 zum dritten Mal hintereinander deutlich die erlaubte Schuldengrenze gebrochen. Sie verhalten sich wie Fußballspieler, die in der 80. Spielminute und beim Stand 0:3 noch schnell die Regeln ändern wollen.

Auf europäischer Ebene löst das Irritation aus. Während die regeltreuen Staaten enttäuscht sind, dass der Erfinder des Pakts, Deutschland, sie im Stich lässt und ihre Anstrengungen nachträglich sinnlos macht, sind andere Sünder schnell auf den Zug aufgesprungen. Nach der Regierungsübernahme 2006 wird die CDU hier einiges zu korrigieren haben. Es kann nicht angehen, dass sich alle „glücklich rechnen“ und mit den Ausnahmen auch Defizite von 8 und mehr Prozent einfach durchgewunken werden.

Besonders schädlich für



Elmar Brok

die nationalen Interessen Deutschlands ist die ange deutete Verbindung mit den Finanzverhandlungen der EU für 2007-2013, nachdem die Bundesregierung bereit ist, doch mehr in den EU-Haus halt zu zahlen, wenn die anderen Staaten dafür die gewünschten neuen Regeln für den Stabilitäts- und Wachstumspakt akzeptierten. Das ist im Wirtschaftsjargon eine „Lose-Lose-Situation“, denn danach müsste Deutschland erstens mehr in die EU-Kasse einzahlen und würde dafür mehr Schulden machen dürfen, was bekanntlich Gift für Wachstum und Beschäftigung ist. Auch die von der Bundesregierung ins Gespräch gebrachte Unterscheidung zwischen guten

und schlechten Schulden ist falsch, da letztlich alle Schulden von den künftigen Generationen zurückgezahlt werden müssten. Wenn man von der EU viel erwartet, muss man ihr gewiss auch die Mittel dafür geben. Eine Entschuldigung für eine übermäßige Verschuldung des Bundes durch die Bundesregierung ist das aber nicht, denn dem nimmt die EU ja Arbeit ab.

Elmar Brok MdEP ist Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU Deutschlands.



WEB-TIPP

- Elmar Brok im Internet www.elmarbrok.de/
- CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament www.cdu-csu-ep.de
- Europäische Volkspartei www.eppe.org
- EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament www.epp-ed.org
- Europäisches Parlament www.europarl.eu.int
- Europäische Union europa.eu.int

Agrar- und Ernährungswirtschaft wichtig für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Deutsche Bauernverband sind sich einig darüber, dass die Agrar- und Ernährungswirtschaft mit über vier Millionen Arbeitsplätzen eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen am Standort Deutschland repräsentiert:

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft trägt gleichzeitig hohe Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dabei sind die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, eine gesunde Ernährung und die innovative Erschließung neuer Märkte bei Energie- und Rohstoffen gleichwertig zu sehen.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner und die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Angela Merkel MdB, bekärfi- gen die Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft für die Konjunkturbelebung am Standort Deutschland. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Ausbildungssplatzsituation für die junge Generation und den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebens-

grundlagen Boden, Luft und Wasser. Im Einzelnen stellen CDU/ CSU-Bundestagsfraktion und Bauernverband fest:

Wirtschaftsfaktor Land- und Ernährungswirtschaft

Deutschland braucht nicht nur eine wettbewerbsfähige Automobil, IT- und Chemische Industrie, sondern auch eine wettbewerbsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft mit ihren gegenwärtig rund 4,2 Mio. Arbeitsplätzen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Politik als fairer Partner der Landwirtschaft erweist – und als solcher Partner faire Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen und globalen Märkten mit Nachdruck unterstützt. Alle Fragen des Tier-, Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzes lassen sich nachhaltig nur lösen, wenn sie mit einer wettbewerbsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft angegangen werden. Tierschutz ist beispielsweise ganz wichtig. Aber er ist nur dann

glaubwürdig umzusetzen, wenn er mit den Bauern im eigenen Land machbar ist. Denn eine Produktion, die in Ländern mit niedrigeren Standards verdrängt wird, schützt weder die Tiere noch hilft sie den Bauern und Verbrauchern in Deutschland.

Neue Wege in der Energiepolitik

Energiekosten sind für die Wirtschaft in Deutschland ein entscheidender Produktionsfaktor, auch für die Land- und Ernährungswirtschaft. Deshalb ist es wichtig, innovative Wege alternativer Energien so zu erschließen, dass sie nicht zu einer Gefährdung des Standortes Deutschland werden. Auf dieser Grundlage gilt es, gerade auch Bioenergie und Biomasse voranzutreiben. Die vorhandenen Potentiale müssen dabei besser genutzt werden, z.B. durch eine vereinfachte Genehmigung von Biogas- und Biomasseanlagen, ein flexibleres Abfall- oder Düngemittelrecht oder bessere Vermarktungsbedingungen.

Verbraucherschutz im Vertrauen

Gerade im gesundheitlichen Verbraucherschutz ist die Gefahremotional geführter Debatten groß. Nachhaltiger Verbraucherschutz setzt ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, sowie Wirtschaft und Politik voraus. Angesichts der immer differenzierteren Verbraucherwünsche mit der entsprechend zunehmenden Produktvielfalt gibt es dafür nur einen gangbaren Weg. Eigeninitiativen der Wirtschaft zur Qualitätssicherung müssen vom Staat kooperativ begleitet, auch gegenkontrolliert werden, wenn dem Verbraucher nachvollziehbare Informationen und wirksame Sicherheit gegeben werden sollen. Das von der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft mit dem Lebensmitteleinzelhandel stufenübergreifend entwickelte QS-System ist dafür ein ganz wichtiger Schritt.

Richtige Ernährung muss gelernt werden

Familie und Schule tragen eine hohe Verantwortung für richtige Ernährung. Alle Initiativen, die mithelfen, das Wissen über gesunde Ernäh-

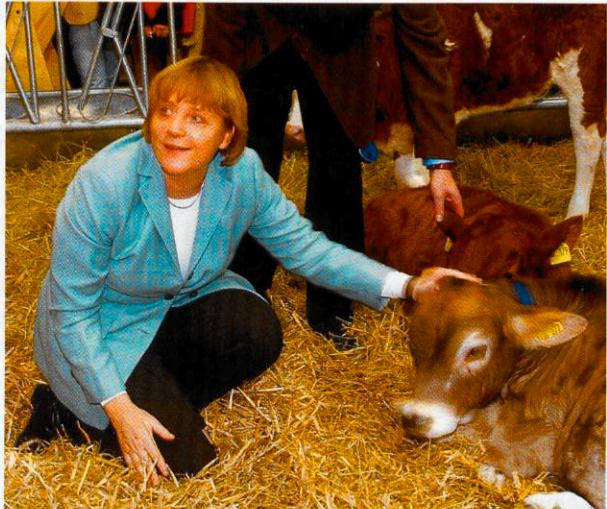


Foto: dpa

Auf ihrem Rundgang auf der Grünen Woche lobte Angela Merkel bei einem Besuch des Erlebnis-Bauernhofs die anschauliche Darstellung der Themen aus Land- und Ernährungswirtschaft.

rung in den Familien zu verbreiten und in den Schulen vermittelbar zu machen, bedürfen der Unterstützung und Stärkung durch Bund, Länder und Kommunen aber auch Unternehmen und Verbände der Land- und Ernährungswirtschaft.

Innovation legt die Grundlage für die Märkte von morgen

Auch und gerade in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind Forschung und Entwicklung entscheidende Produktionsfaktoren am Standort Deutschland. Die Landwirte brauchen ein innovationsfreundliches

Klima auch dann, wenn eine unmittelbare Verwertbarkeit der Ergebnisse noch nicht gewährleistet ist. So sind erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe über bio- und gentechnologische Verfahren besser zu erschließen. Auch die Gesunderhaltung der Tierbestände erfordert neue Impfstoffe, um von einer Seuchenbekämpfung durch sinnloses Töten von Tieren wegzukommen. Forschungsverbünde von staatlichen Forschungseinrichtungen in Bund und Ländern und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Wirtschaft sind notwendiger denn je, genauso wie die konsequenteren Nutzung von EU-Forschungsmitteln.

Ronald Pofalla

Arbeitslosenbeitrag auf fünf Prozent senken

**Die gute Nachricht zuerst:
Die Weltwirtschaft kommt
in Fahrt, der globale Kon-
junkturzug ist angesprun-
gen.**

Die schlechte Nachricht lautet: Während alle Länder um uns herum einen Gang zulegen, dümpelt die Deutschland AG weiter träge vor sich hin. Schlimmer noch: Unser Land wird in diesem Jahr wieder die rote Wachstumslaterne in Europa übernehmen. Wir werden deshalb die Beschäftigungsschwelle beim Wachstum von rund zwei Prozent, ab der neue Jobs entstehen, verfehlten. Die Folge ist ein lähmender Stillstand am Arbeitsmarkt – und dass, obwohl wir bereits in 2004 die höchste Arbeitslosigkeit seit Gründung der Bundesrepublik verzeichnen mussten.

Wir dürfen diesem Abwärtstrend nicht weiter tatenlos zusehen. Eine Neuauflage der „Politik der ruhigen Hand Teil II“, wie es die Bundesregierung derzeit plant, wäre ein schlimmes Zeichen der Hoffnungslosigkeit. Dabei sind Wachstumsimpulse noch in diesem Jahr möglich, wenn mutig gehan-



Ronald Pofalla

delt wird. Dies gilt insbesondere für die viel zu hohen Beiträge der Sozialversicherungen. Sie verhindern tausendfach den Aufbau neuer Jobs und tragen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland bei. Hier gilt es anzusetzen und noch in diesem Jahr neue Freiräume für mehr Arbeit zu schaffen.

Denn die gesetzlich festgelegten Lohnzusatzkosten haben sich mittlerweile wie Mehltau über den deutschen Arbeitsmarkt gelegt. Während eine Arbeitsstunde 1970 mit gerade einmal 26,5 % Sozialbeiträgen belastet wurde, waren es 1980 bereits 32,4 % und 1990 schon 35,6 %. Heute wird der Faktor Arbeit durch einen 42 %igen Sozialaufschlag ver-

teuert. Noch niemals in der deutschen Nachkriegsgeschichte gab es höhere Sozialbeiträge. Allein der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung (ALV) hat sich seit 1970 bis heute auf 6,5 Prozent vervierfacht.

Dabei schafft die Reduzierung der Sozialbeiträge um bereits einen Prozentpunkt mittelfristig rund 100.000 neue Vollzeitarbeitsplätze. Dieses Beschäftigungspotential müssen wir durch eine Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten aktivieren. Spielraum für einen solchen Schritt bietet vor allem die Arbeitslosenversicherung. Hier kann man zügig und solide den Beitragssatz auf 5 Prozent senken und damit die Voraussetzung für 150.000 neue Vollzeitarbeitsplätze schaffen. Mittelfristig ist eine Reduzierung sogar auf vier Prozent möglich und realistisch.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss sich die Arbeitslosenversicherung wieder auf ihre Kernaufgaben, vor allem die Arbeitsvermittlung, konzentrieren. Dazu ist die Bundesagentur für Arbeit (BA) von allen gesamt-

gesellschaftlichen Aufgaben zu befreien. Dies gilt u.a. für die schulische Nachqualifikation vor einer Berufsausbildung oder die Betreuung beteiligter Jugendlicher und Behindter, die derzeit von der BA in erheblichem Umfang finanziert werden. Diese Aufgaben sind aus Steuermitteln von den jeweils zuständigen politischen Ebenen zu leisten.

Daneben sind unsinnige, teure und vor allem wirkungslose Maßnahmen wie die Ich-AG's und Personal-Service-Agenturen (PSA) ersatzlos zu streichen. Gleiches gilt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in Westdeutschland. ABM in Ostdeutschland sollten aus der ALV ausgegliedert und in

Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit aus Steuermitteln finanziert werden. Zudem sollten wir bereits in diesem Jahr alle Vorruststandsmöglichkeiten beenden und bei den Trainingsmaßnahmen sowie den Eingliederungszuschüssen die Kosten deutlich reduzieren. Schließlich müssen wir auch noch einmal über den „Aussteuerungsbetrag“ nachdenken. Rot-Grün finanziert auf diesem Wege den Bundeshaushalt auf Kosten der Beitragsträger mit rund 2,7 Milliarden Euro. Auch hier besteht durch intelligente Lösungen ein erhebliches Entlastungspotential.

Klar ist, dass eine grundlegende Reform der Arbeits-

losenversicherung in eine Wirtschaftspolitik eingebettet sein muss, die die Weichen insgesamt wieder auf mehr Wachstum stellt.

Klar ist aber auch: Mit der Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung auf 5 Prozent wird eine zentrale Wachstumsbremse gelockert und so ein wichtiger Impuls für einen positiven Beschäftigungsschub gesetzt. Die Bundesregierung ist aufgerufen, sofort zu handeln und diese Chancen für mehr Wachstum und Arbeit noch in diesem Jahr zu nutzen.“ (erschienen in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.01.2005)

Ronald Pofalla ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

NIEDERSACHSEN

Niedersachsens Fraktionschef McAllister hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, das bунdesrechtliche Verbot der Erhebung von Studienbeiträgen zu kippen.

David McAllister sagte: „Studienbeiträge sind längst internationaler Standard. Wir wollen den Hochschulen in Niedersachsen über ein ‘Studienbeiträge-Einführungsgesetz’ bereits ab 2006 die Möglichkeit einräumen, Studienbeiträge zu

erheben. Die Hochschulen sollen die Mehreinnahmen zweckgebunden zur Verbesserung der Studienbedingungen einsetzen. Dann werden die Studierenden Hauptprofiteure sein.“

Befürchtungen, es komme zukünftig zu einem „Zwei-Klassen-System“ in der Bildungslandschaft, teilt der Fraktionschef nicht:



David McAllister

„Leitprinzip wird auch in Zukunft sein, daß sich jeder unabhängig vom Geldbeutel ein Studium leisten kann. Aber es kann niemand erklären, warum junge Familien viel Geld für Kindergartenplätze ausgeben müssen, während das Studium für angehende Akademiker dieses Landes kostenlos bleiben soll.“

Studiengebühren

Weg frei für mehr Qualität und Wettbewerb an deutschen Hochschulen

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz aufzuheben, ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Qualität und Wettbewerb an deutschen Hochschulen.

Das Urteil bestätigt die Haltung der Unionsfraktion, die stets die Streichung des Verbotes von Studiengebühren im Bundesrecht gefordert hat. Die Juniorprofessur war verfassungswidrig, die Novelle zum Studiengebührenverbot ist es auch – die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts ist eindeutig: Die Regierung hat die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes missbraucht und sich Kompetenzen angemaßt, die ihr nicht zustehen. Die Leidtragenden einer solchen Politik sind die Hochschulen und die Studierenden selbst.

Die bestehenden Defizite in Forschung und Lehre, die unzureichend personelle und materielle Ausstattung der Hochschulen und die hohen Quoten von Langzeitstudierenden sind die Symptome rot-grüner Überregulierung.



Maria Böhmer

Die Bundesregierung steht vor einem hochschulpolitischen Scherbenhaufen. Was Hochschulen jetzt brauchen, um erfolgreich arbeiten zu können und international zu bestehen, ist die notwendige Autonomie, personell, finanziell und in ihrer Organisation. Daher hat sich die Union stets für sozial verträgliche und durch ein leistungsfähiges Studienkredit- und Stipendiensystem abgesicherte Studienbeiträge eingesetzt, die den Hochschulen direkt zukommen müssen.

Entgegen der ideologisierenden Argumentation von Rot-Grün sprechen sowohl materielle, besonders aber ideelle Gründe dafür, dass Studiengebühren die Qualität des Studiums in

Deutschland deutlich aufwerten werden:

Studienbeiträge beseitigen soziale Ungerechtigkeiten: Die jetzt praktizierte Steuerfinanzierung beteiligt die Krankenschwester an der Ausbildung des Chefarztes. Studienbeiträge korrigieren diese Umverteilung von unten nach oben:

- der Umverteilung von Weniger- zu Besserverdienenden, deren Kinder ganz überdurchschnittlich vom Leistungsangebot Hochschule Gebrauch machen,
- der Umverteilung von jenen, die Bildungsangebote wenig und jene, die sie intensiv nutzen, insbesondere Akademikerfamilien,
- der Ungerechtigkeit, dass für den Kindergarten bezahlt werden muss, für das Studium aber nicht.

Studiengebühren bringen mehr junge Menschen an die Hochschulen: Aussagen von Rot-Grün, Studiengebühren schreckten Studierwillige aus unteren sozialen Schichten vom Hochschulstudium ab, sind falsch. In Ländern mit nachlaufenden Studiengebühren wie z.B. Österreich hat sich die

Zahl der Studierenden erhöht.

Studienbeiträge haben eine Lenkungsfunktion: sie werden zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeit in Deutschland führen. Deutsche Hochschulen werden damit wieder konkurrenzfähig. In Deutschland wird im internationalen Vergleich zu lange studiert,

mit allen negativen Folgen, die dies für die Studierenden, aber auch volkswirtschaftlich hat. Die Gründe dafür liegen nicht selten in der mangelhaften personellen und, speziell in naturwissenschaftlichen Studiengängen, infrastrukturellen Ausstattung der Bildungseinrichtung. Verbesserte Lehr- und Lernbedingungen – die

es ohne Studienbeiträge nicht geben wird – können die Studiendauer erheblich verkürzen. Durch bessere Leistungen und gestraffte Studiengänge werden deutsche Hochschulen auch für ausländische Studierende wieder attraktiver werden.

Maria Böhmer ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

KATHERINA REICHE: POSITION DER UNION BESTÄTIGT

Das Bundesverfassungsgericht hat die Position der Union zum Thema Studiengebühren und die Stellung des Föderalismus gerade in der Bildungspolitik eindeutig bestätigt.

Die Bundesregierung hat mit ihren zentralistischen Hochschulgaben eine Bauchlandung erlitten. Die Hochschulpolitik der zuständigen Bundesministerin Frau Bulmahn wurde vollständig vom Bundesverfassungsgericht demontiert. Frau Bulmahn steht vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik.

Die deutschen Hochschulen benötigen für Qualitätsverbesserungen keine zentralistischen Vorgaben des Bundes, sondern mehr Freiheit in Forschung und Lehre. Ihre Stellung als kooperierende und konkurrierende Einheiten in den Län-

dern wurde durch das Urteil gestärkt.

Die Angst der SPD und der Bundesbildungssministerin vor dem heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und dem Einführen von Studienbeiträgen resultiert aus einer tiefen Skepsis gegenüber Wettbewerb und der Freiheit von Forschung und Lehre.

Wie anders ist es sonst zu erklären, dass sich rot-grüne Landesminister und die Bundesministerin auch noch heute Morgen gegen Überlegungen sperren, den Hochschulen insbesondere für Lehre mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Wenn der Staat, die Wirtschaft und die Studie-



Katherina Reiche

renden selbst von einer guten universitären Ausbildung profitieren, müssen sie sich auch an der Finanzierung der Hochschulen beteiligen.

Wenn Frau Bulmahn „studentische Unruhen“ oder „Massenfluchten“ vermutet, so beweist dies Realitätsverweigerung auf ganzer Linie. Denn Studienbeiträge sind längst internationaler Standard.

Es geht nicht mehr um das ob, sondern um das wie. Jetzt müssen die Bedingungen für die Einführung sozial verträglicher Studienbeiträge sowie eines leistungsfähigen Stipendien- systems festgelegt werden.

Dazu sind der Bund, die Länder und die Wirtschaft aufgefordert.

Fünf-Prozent-Hürde stabilisieren – Extremisten bekämpfen

Stellungnahme zu zwei Gesetzentwürfen zur Änderung des Bundeswahlgesetzes:

Der Rechtsstaat darf den Gegner der Freiheit das Untergraben unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung nicht erleichtern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem das Unterlaufen der Fünf-Prozent-Hürde durch die so genannte Grundmandatsklausel erschwert wird.

Derzeit werden bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten nur Parteien berücksichtigt, die entweder mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder die in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben (Grundmandatsklausel). Diese beiden Hürden sind sehr unterschiedlich hoch: So hätten bei der Wahl 1998 mit rund 180.000 Erststimmen – gerade einmal 0,6%! – drei Direktmandate gewonnen und somit die aus guten Grünen eingerichtete und völlig unstreitige Fünf-Prozent-Hürde unterlaufen werden können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will mit ihrem Gesetzentwurf die Grundmandatsklausel von 3 auf mindestens 5 Mandate anheben. Damit soll nicht nur die systemwidrig unterschiedliche Höhe der beiden Hürden den Verhältnissen nach Wiedervereinigung und Bundestagsverkleinerung angepasst, sondern auch z.B. rechtsextremistischen Wahlbündnissen das Unterlaufen der bewährten Fünf-Prozent-Hürde erschwert werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet das Wahlrecht z. B. finanziertigen und konzentriert antretenden Gegnern freier Wahlen einen erleichterten Eintritt in



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

die deutschen Parlamente offeriert.

Mit einem zweiten Gesetzentwurf will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine weitere Lücke im Bundeswahlgesetz (BWG) ausräumen, auf die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) bereits 1988 aufmerksam gemacht hatte, die jedoch erst bei der Wahl 2002 erstmals zum Tragen gekommen ist: Zweitstimmen von Wählern, deren Partei bis zu zwei Direktmandate gewinnt,

FRAKTIONSSPITZE NEU AUFGESTELLT

Nach der Wahl Volker Kauders zum Generalsekretär der CDU Deutschland wurden auch Zuständigkeiten an der Spitze der Bundestagsfraktion neu geordnet. Nachfolger Kauders auf den Stuhl des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers wird Norbert Röttgen. Der Nordrhein-Westfale wurde mit 95,1 Prozent der Abgeordnetenstimmen gewählt.

Neuer rechtspolitischer Sprecher und damit Nachfolger von Röttgen wurde Jürgen Gehb. Für ihn votierten 96,5 Prozent. An seine Stelle als Obmann im Schleuser-Untersuchungsausschuss tritt der der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Eckart von Klaeden. Der Niedersachse wurde einstimmig gewählt.

aber unter der 5%-Hürde bleibt, dürfen nicht gezählt werden.

Grund: Werden diese Zweitstimmen berücksichtigt, haben die jeweiligen Wähler einen doppelten Stimmerfolg. Mit der Erststimme haben sie ihren Kandidaten durchgebracht und von der Zweitstimme profitieren die Parteien, die die 5%-Hürde übersprungen haben. Diese Doppelzählung verstößt gegen den Grundsatz der Erfolgswertgleichheit. Hat die Partei dagegen die 5%-Hürde genommen, werden gewonnene Direktmandate vor der Zweitstimmenverteilung angerechnet. Dann ist ein doppelter Erfolgswert ausgeschlossen.

Bei der Wahl 2002 waren jene Zweitstimmen, die Wähler der beiden per Erststimme erfolgreichen PDS-Abgeordneten an andere Parteien gegeben hatten, gleichwohl gezählt worden, was zu entsprechenden Wahlausfechtungsklagen geführt hat.

Auf Grund dieser Klagen wurden die Stimmen in den beiden von der PDS direkt gewonnenen Berliner Wahlkreisen nun neu ausgezählt. Ergebnis: Wird das BWG so angewendet, wie es das BVerfG interpretiert, wird aus dem 6.000-Zweitstimmen-Vorsprung der SPD ein 20.000-Zweitstimmen-Vor-

sprung für die CDU/CSU. Auf die Mandatsverteilung hätte dies allerdings keine Auswirkung, wegen ihrer Überhangmandate bliebe die SPD stärkste Fraktion.

Gleichwohl sollte Bundespräsident Thierse angesichts dieser Tatsachen künftig vielleicht etwas demutvoller auftreten. Ginge es strikt nach Wählerzuspruch, hätte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundespräsidenten gestellt.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** der Obmann im Innenausschuss.

„Europäischen Netzwerk gegen Vertreibung“ – rot/grüner Offenbarungseid

Erklärung zum Kompetenzstreit zwischen Kulturststaatsministerin Weiss und dem Auswärtigen Amt bezogen auf die Gründungserklärung eines „Netzwerks gegen Vertreibung“:

Einen peinlichen Kompetenzstreit zwischen Kulturststaatsministerin Weiss und dem Auswärtigen Amt beschreibt der „Spiegel“ bezogen auf die Unterzeichnung der Gründungsurkunde für das „Netzwerk gegen Vertreibung“.



Erwin Marschewski

Für die Bundesregierung ist dies ein Offenbarungseid. Wieder einmal wird deutlich, dass diese Initiative nicht aus eigenem Antrieb heraus erfolgt ist, sondern lediglich das Ziel verfolgt wurde und wird, das von den Unionsparteien unterstützte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu verhindern.

Als die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Jahre 2002 den Antrag zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, der zum einen auf einer breiten gesellschaftlichen Basis steht und dem zugleich ein fundiertes Konzept für ein solches Zentrum zugrunde liegt, hat Rot-Grün einen konzeptionslosen Gegenantrag gestellt und mehrheitlich verabschiedet.

Heute, fast 3 Jahre später, ist festzustellen, dass die Regierungskoalition in der konzeptionellen Umsetzung ih-



Maria Eichhorn



Michaela Noll



Rita Pawelski

res Beschlusses aus dem Jahre 2002 noch nicht viel weiter gekommen ist.

Wesentliche Partner in Europa konnten bis heute nicht für dieses Projekt gewonnen werden, darunter die Tschechische Republik. Vielmehr ist überhaupt nicht absehbar, wann der Öffentlichkeit etwas Substanzielles zugänglich gemacht werden kann.

Die rot-grüne Bundesregierung sollte sich endlich bessern und das fundierte Konzept zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin unterstützen.

Dieses Zentrum verfolgt das Ziel, die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert in einem europäischen Konzept aufzuarbeiten und Vertreibungen weltweit in Gegenwart und Zukunft zu ächten. Es ist höchste Zeit, dass Rot-Grün endlich die Scheuklappen gegenüber diesem Projekt ablegt.

Erwin Marschewski ist Vorsitzender der AG „Vertriebene und Flüchtlinge“ der Bundestagsfraktion.

Schwangere Teenager brauchen spezielle Hilfe!

Erklärung anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Thema „Teenagerschwangerschaften“:

Die Beantwortung der kleinen Anfrage zeigt, dass es derzeit keinerlei Daten zur Situation minderjähriger Schwangerer in Deutschland gibt. Es fehlen regionalspezifische Daten, aber auch gesicherte Erkenntnisse zur Herkunft minderjähriger Schwangerer, zu den Hintergründen und Ursachen von Teenagerschwangerschaften sowie zu den Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit minderjähriger Schwangerer.

Nicht nachvollziehbar ist, dass die Bundesregierung den Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche von 4.724 im Jahr 1996 auf 7.645 im Jahr 2003 für nicht besorgnisregend hält. Die Beantwortung zeigt weiter, dass es

zwar einige Beratungsangebote für schwangere Teenager gibt, diese aber hinsichtlich ihrer Nutzung nicht evaluiert werden. Nicht die Masse des Beratungsangebots zählt, sondern dessen Qualität und Bedarfsorientierung. So ist es wenig erfolgreich, wenn Beratung angeboten wird, ohne zu wissen, ob die Zielgruppen erreicht werden. Gesicherte Erkenntnisse und Daten sind daher dringend erforderlich, um den speziellen Bedürfnissen von minderjährigen Schwangeren gerecht werden zu können.

Die Bundesregierung bestätigt in der Beantwortung der Anfrage, dass väterspezifische Angebote für diejenigen, die sich aktiv an der Versorgung des Kindes beteiligen wollen, Mangelware sind. Die Väter fühlen sich von den Beratungsstellen oder deren Konzepten zu wenig angesprochen.

Da junge Väter genauso wie Mütter ein Recht auf Hilfe und Unterstützung haben, fordern wir die Bundesregierung auf, tätig zu werden.

Maria Eichhorn ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Michaela Noll**, **Rita Pawelski** sind die zuständigen Berichterstatteinnen.

Kommissions-Programm: ehrgeizig und realistisch

Als „realistisch und ehrgeizig“ hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, das Strategische Programm der Kommission bezeichnet, das Kommissionspräsident José Manuel Durao Barroso heute im Plenum dem Europäischen Parlament vorgestellt hat.

Zur Erreichung des Ziels der Wettbewerbsfähigkeit müsse auf die Menschen und die Initiative des Einzelnen gebaut und nicht allein auf staatliche Intervention gesetzt werden. Wettbewerbsfähigkeit und das europäische Sozialmodell seien zwei Seiten einer Medaille, sagte Pöttering weiter. Nur wenn das eine dauerhaft erreicht werde, könne das andere in Zukunft gesichert werden.

Pöttering forderte von der Kommission die Stabi-



Hans-Gert Pöttering

lität der europäischen Währung zu sichern. Die Kommission müsse als Hüterin der Verträge auch die Hüterin der Stabilität sein. Sie sei die einzige richtige Instanz, um die Einhaltung der Stabilitätskriterien durch die Mitgliedstaaten zu bewerten.

Im Hinblick auf die innere Sicherheit müssten einerseits die gemeinsamen Außengrenzen der Europäischen Union gesichert wer-

den, andererseits müsse aber auch intensiv daran gearbeitet werden, dass Menschen nicht vor den Küsten der Europäischen Union auf See sterben, weil sie in ihren Heimatländern keine Zukunft mehr sehen. Insbesondere mit den Staaten Nordafrikas müssten deswegen gemeinsame Lösungen gefunden werden. Im Rahmen der Beziehungen zu den Ländern im Mittelmeerraum sollten diese Unterstützung erhalten, damit die Menschen in diesen Ländern wieder Hoffnung und Zukunft haben.

Die Europäische Union müsse darüber hinaus auch ihren Beitrag zu erfolgreichen Verhandlungen im Nahen Osten leisten, damit Israelis wie Palästinenser in gesicherten Grenzen friedlich leben können.

SIEG FÜR CASPARY

Sieger im diesjährigen Webseiten-Test des Online-Portals „Europa-digital“ wurde der junge badische CDU-Abgeordnete Daniel Caspary, der sich mit exklusiven Ideen, wie einem Webslog und aktuell einem digitalen Adventskalender abhob. Gesamt-Resümee

von Europa-Digital. Das Test-Ergebnis zeigt eine große Bandbreite zwischen dem professionellen Webauftritt des Gewinners Daniel Caspary und Seiten, die in Bezug auf die mediengerechte Darstellung von Politiker und Politik noch immer zurückliegen.

André, CDU Deutschland
Von uns für Deutschland. In Europa.

Home > Herr Dr. André Caspary

Herr Dr. André Caspary
Was kann Herr Daniel Caspary und ich für meine Wahlkreisfreunde im Europaparlament vorbereiten...

Newsletter | Termine | Fotos | Blog | Pressematerial

Pressemeldungen:
"Europawahl auf politische Chancen für Menschen zu konzentrieren"
Caspary: Mehr Arbeitszeit kann Thema Arbeitsmarkt
Anfang 2010: Caspary fordert die Cospedal in Matheka
Verfeindung vor Abstimmung im EU-Parlament

Europa - jetzt auch mit Verfassung?
Das europäische Haus befindet sich vor entscheidenden Entscheidungen. Am Mittwoch, den 10. Januar 2010, hat das Europäische Parlament die zur Verfassung einstimmig beschlossen.

www.caspary.de



**Broschüre „Wachstum, Arbeit, Wohlstand.
Wachstumsstrategien für die Wissensgesellschaft.“**
Beschluss des 18. Parteitages der CDU Deutschlands
2004 in Düsseldorf

Bestell-Nummer: **5190**
Preis je 25 Stück: **25,00 €**
inkl. MwSt.: **26,75 €**



**Leporello „Niedriger, einfacher, gerechter!
Das Steuermodell der CDU“**

Das deutsche Steuerdickicht und warum es
reformiert werden muss

Bestell-Nummer: **2172**
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: **11,77 €**



Folder „Sozial ist was Arbeit schafft.“

Bestell-Nummer: **2085**
Preis je **100 Stück: 10,00 €**
inkl. MwSt.: **10,70 €**



**Leporello
„So entstehen neue Jobs.“**

Bestell-Nummer: **2171**
Preis je **100 Stück: 11,00 €**
inkl. MwSt.: **11,77 €**

Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**
 Preis je **200 Stück: 22,00 €**
 inkl. MwSt.: 25,52 €

**Taschentücher „Gegen Rot-Grüne Nasen“**

Bestell-Nummer: **9637**
 Preis je **144 Stück: 26,50 €**
 inkl. MwSt.: 30,74 €

**Eiskratzer**

Bestell-Nummer: **9890**
 Preis je **70 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 48,15

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,66 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Die neuen Wandzeitungen

Ländervergleich:
Wo die Union regiert, läuft's besser.

Weniger
Arbeitslose!

9,6 %

Union geführte
Länder

11,9 %

SPD geführte
Länder

Besser für

2,0 %

Mehr
Wachstum!



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnemten erhalten beide Wandzeitungsmotive.